

**Eröffnungsrede der Vorsitzenden des Kreisausländerbeirates Offenbach
Olga Lucas Fernández
Im Rahmen der Veranstaltung „Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU:
Chance für den Arbeitsmarkt oder Risiko der Armutszuwanderung?“
des Kreisausländerbeirates und des DGB Kreisverbandes Offenbach
am 13. Mai 2014 im Kreishaus Dietzenbach**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es freut mich sehr, Sie heute Abend im Kreishaus in Dietzenbach zu begrüßen und
ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer Veranstaltung

**„Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU:
Chance für den Arbeitsmarkt oder Risiko der Armutszuwanderung?“**

die der Kreisausländerbeirat Offenbach gemeinsam mit dem Kreisverband des DGB
Offenbach durchführt.

Wir freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind.

An dieser Stelle begrüße ich und freue mich sehr über Ihr Kommen...

Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger,
die gleich im Anschluss ein Grußwort halten wird.

Herrn Alexandre da Silva,
Regionsgeschäftsführer des DGB Südosthessen.
Herr da Silva wird das Input-Referat des heutigen Abends halten.

Sowie

Herrn Tiny Hobbs
Vorsitzender des DGB Kreisverbandes Offenbach.
Herr Hobbs wird gemeinsam mit mir die Gesprächsrunde moderieren und zum
Abschluss unserer Veranstaltung noch einen Ausblick halten.

Verehrte Gäste,

unsere heutige Veranstaltung wird sich mit den Auswirkungen der
Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Herkunfts- und Zielländer beschäftigen.

Im Mittelpunkt stehen aber weniger die Vorteile für Wirtschaft und Unternehmen,
sondern vielmehr die mit der Freizügigkeit verbundenen Chancen und Risiken für
den Arbeitsmarkt in der EU.

Ein weiterer Schwerpunkt des heutigen Abends ist die moderierte Gesprächsrunde mit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus süd- und osteuropäischen EU-Ländern sowie den Arbeitsmigranten der 1. Generation.

Mit Ihnen werden wir uns über ihre persönlichen Erfahrungen zu Themen wie z.B. Gründe für das Verlassen ihrer Heimat, Arbeitsbedingungen, Integrationshilfestellungen, Wünsche und Perspektiven für ihre weitere Zukunft, unterhalten.

Als Veranstalter des heutigen Abends war es uns sehr wichtig nicht nur über Betroffene und ihre Hintergründe zu sprechen, sondern den direkten Austausch mit ihnen zu führen.

Aus diesem Grund freue ich mich ganz besonders über unsere Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer...

Frau Asya Vasileva Aleksieva
Frau Linda-Laura Becke
Frau Lucia Diaz Castro
Herrn Yilmaz Memisoglu
Herrn Giovanni Micciché
Herrn Luis Galvez.

Wir freuen uns sehr, dass Sie heute Abend bei uns sind und herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, an unserer Veranstaltung mitzuwirken und uns Einblicke in Ihre Biographie zu gewähren.

Meine Damen und Herren,

für Bürger aus den osteuropäischen Ländern Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen besteht seit 2011 und für Bulgarien und Rumänien seit 01.01.2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit macht es möglich, dass Menschen innerhalb der EU nunmehr nicht nur frei über ihren Aufenthaltsort, sondern auch über ihren Arbeitsort entscheiden können.

Sie genießen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union gleiche Rechte und gleichen Schutz - ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ist eines der Grundprinzipien der EU.

Diese Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit begrüßt der Kreisausländerbeirat Offenbach sehr, da sie die Rechtstellung der Menschen aus Mittel- und Osteuropa stärkt, die zu uns kommen, um zu arbeiten.

Verehrte Gäste,

nicht erst seit dem 01. Januar 2014 ist Deutschland ein Einwanderungsland.

Die Zahl der Migranten stieg schon in den vergangenen Jahren deutlich:

Von 2011 auf 2012 um 381.000.

Von 2010 auf 2011 um 216.000.

Von 2009 auf 2010 lag der Zuwachs laut Statistischem Bundesamt noch bei 43.000.

Im vergangenen Jahr wanderten erstmals mehr Menschen nach Deutschland ein, als Migranten der zweiten Generation hierzulande geboren wurden.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die drastischen Sparprogramme sind die Hauptgründe, warum auch immer mehr Spanier, Portugiesen, Italiener und Griechen ihre Herkunftsländer verlassen müssen, um Arbeit in Deutschland zu suchen. Diese Menschen wollen endlich wieder eine Perspektive auf ein besseres Leben haben.

Im letzten Jahr verließen etwa 42.000 Italiener, ca. 34.000 Griechen und knapp 30.000 Spanier ihre Heimat und wanderten nach Deutschland aus.

In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte arbeitslos.
In Portugal ist es jeder Sechste und in Italien jeder Zehnte.

Besonders die Jugendarbeitslosigkeit ist in diesen Krisenländern sehr hoch.
In Spanien und Griechenland zum Beispiel beträgt sie über 50%.
In Deutschland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei ca. 8%.

Die Situation erinnert sehr an die Anwerbeabkommen vor über 50 Jahren, als viele der sogenannten „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen.

Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied...

Die neue Generation von Migranten, die heute nach Deutschland kommt ist jung, gut ausgebildet und spricht mehrere Sprachen.

Zu Hause sehen viele keine Chancen mehr. Sie gehen nach Deutschland, wie vor einem halben Jahrhundert ihre Großeltern, auf der Suche nach einer Zukunft.

Der Zuzug aus Südeuropa ist in den vergangenen zwei Jahren sprunghaft gestiegen, noch beliebter aber ist Deutschland in Osteuropa.

Von dort kamen 2011 über zwei Drittel aller EU-Migranten, die meisten aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Manche von ihnen sind bitterarm, einige werden von unseriösen Vermittlern nach Deutschland gelockt, wo sie für Hungerlöhne auf dem Bau schufteten oder sogar in der Obdachlosigkeit landeten.

Für 2014 erwarten Wissenschaftler vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, dass ca. 120.000 bis 180.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in die Bundesrepublik kommen werden.

Aber nicht nur Menschen aus Osteuropa wanderten letztes Jahr nach Deutschland aus, sondern auch viele Menschen aus dem asiatischen Raum - knapp: 122.000.

Sehr geehrte Damen und Herren,

stellt sich also die Frage:
Ist Deutschland ein Traumland für Zuwanderer?

Nicht ganz!

Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen nun:

Viele Zuwanderer verlassen Deutschland schnell wieder.

Laut dem Migrationsausblick der OECD hat sich in den vergangenen Jahren nur jeder zweite Grieche und sogar nur jeder dritte Spanier länger als ein Jahr in Deutschland aufgehalten.

Das ist ein Warnsignal für die schrumpfende und alternde Bundesrepublik. Deutschland schafft es offenbar nicht, Zuwanderer auch im Land zu halten.

Von einer Million Zuwanderer blieb 2012 unterm Strich nur ein knappes Plus von nicht einmal 400.000 Menschen, wenn man die Zahl der Fortzüge im selben Zeitraum berücksichtigt.

In die Türkei wanderten etwa 4000 Menschen mehr ab, als umgekehrt nach Deutschland einreisten.

Verehrte Gäste,

die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit sorgt auch weiterhin für eine Integrationsdebatte, denn bedauerlicherweise ist immer öfter die Rede von „Armutsmigration“ und die Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien werden als „Armutszuwanderer“ klassifiziert.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestätigt allerdings, dass z. B. Rumänen und Bulgaren weitaus weniger Sozialleistungen beziehen als andere Ausländergruppen.

Ende 2012 bezogen 9,3% aller in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren Sozialleistungen.

Als Vergleich: 15,9% waren es bei der ausländischen Bevölkerung und 7,4% bei der gesamten Bevölkerung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 01. Mai 2014 war ein bedeutender Tag für den europäischen Integrationsprozess, denn neue Zuwanderung aus den EU-Staaten bietet nicht nur eine integrationspolitische Herausforderung für unsere Gesellschaft und für unsere Kommune - der wir uns alle stellen müssen - sondern auch eine große Chance.

Migration kann nämlich nicht nur einen Beitrag für wirtschaftliches Wachstum leisten, sondern auch für sozialen Wandel und für Reformen.

Für eine erfolgreiche und nachhaltige Migrationspolitik ist auch eine gezielte und offensive Willkommens- und Integrationspolitik in Europa und auch in Deutschland erforderlich. Hier gibt es allerdings noch einige Hürden zu überwinden.

Nutzen wir den heutigen Abend, um einige dieser Hürden zu überwinden und uns für eine Gesellschaft einzusetzen, die allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie ein tolerantes und offenes Miteinander bietet.

Ich wünsche uns allen eine interessante Veranstaltung, viele neue Anregungen und gute Gespräche.

Ich übergebe nun das Wort an unsere Erste Kreisbeigeordnete Frau Claudia Jäger und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dietzenbach, 13.05.2014

Olga Lucas Fernández